

**ERKLÄRUNG**  
**DER DEUTSCHEN KOMMISSION JUSTITIA ET PAX**  
**ZUM KRIEG GEGEN DIE UKRAINE**

**vom 26. März 2022**

1. Mit dem massiven völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Russische Föderation einen Rubikon überschritten, ein Vorgang, den die UN-Vollversammlung am 02. März 2022 mit überwältigender Mehrheit verurteilt hat. Gab es im Westen nach der Annexion der Krim sowie dem Beginn des von Russland geförderten und betriebenen Kriegs im Donbass noch die Hoffnung, auf den Wegen der Diplomatie eine Ausweitung des Krieges verhindern und langfristig zur Charta von Paris zurückkehren zu können, so hat sich diese Hoffnung mit dem erneuten Angriff auf die Ukraine bis auf weiteres als Illusion erwiesen. Der Angriff auf die Ukraine ist nicht einfach ein regionaler Konflikt, sondern eine weltordnungspolitische Auseinandersetzung. Es ist ein Angriff auf die Grundlagen des Völkerrechts und zugleich ein Angriff auf die europäische Idee sowie die europäischen und westlichen Werte. Es ist die grundlegende Abkehr von einer Politik des regelbasierten Multilateralismus und eine Hinwendung zur Tradition des großrussischen Imperialismus. Der Kampf der Ukrainer und Ukrainerinnen ist daher ein Kampf für ihre und unsere Freiheit und Demokratie.
  
2. In seiner Regierungserklärung am 28. Februar 2022 im Rahmen der Sondersitzung des Deutschen Bundestags hat Bundeskanzler Olaf Scholz diese Situation als Zeitenwende bezeichnet. Die veränderte sicherheitspolitische Situation, mit der wir uns konfrontiert sehen, löst vielfältige Verunsicherungen aus, auf die es Antworten zu finden gilt. So wie die Dinge liegen, müssen wir uns auf eine lange Zeit grundlegender konfrontativer Auseinandersetzung mit der Russischen Föderation einstellen. Dabei wird es nicht zuletzt für das kirchliche Agieren auf Folgendes ankommen: den Konflikt, der unsere friedens- und sicherheitspolitische Realität aller Voraussicht nach auf viele Jahre – zumindest bis zum Ende des Putin-Regimes – bestimmen wird, verlässlich und ernsthaft anzunehmen und ihn mit strategischer Geduld und Entschiedenheit auszutragen. Dabei muss ein besonderes Augenmerk auf die weltanschaulichen Hintergründe des ordnungspolitischen Konflikts gerichtet sein. In der akuten Situation gilt es, der Ukraine solidarisch beizustehen. Das betrifft eine schnelle und zielführende Unterstützung der Flüchtenden, in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn. Das schließt aber auch vielfältige Kontakte mit unseren Partnerinnen und Partnern in der Ukraine ein. Gerade die letzten Tage haben gezeigt, wie sehr die praktischen Gesten der Solidarität dort geschätzt werden. Die praktische Solidarität, die viele Menschen in Europa den Flüchtenden aus der Ukraine erweisen, ist ein wertvolles Zeichen europäischer Einigkeit. Wichtig ist, dass wir nach dem ersten Schock und den ersten emotionalen Reaktionen verlässlich an der Seite der Ukraine bleiben. Die Besonnenheit der ukrainischen Führung sowie die geschlossene Verurteilung des Angriffskriegs durch alle Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Ukraine sind wichtige Zeichen, auf die wir mit ähnlich besonnener Entschiedenheit sowie europäischer Einigkeit antworten müssen.
  
3. Das in der Lehre der Kirche bejahte und im Völkerrecht verankerte Recht auf Selbstverteidigung ist im Falle der Ukraine völlig unbestritten gegeben. Entsprechend sind auch klug gewählte Waffenlieferungen legitim, wenn nicht sogar ethisch gefordert. Dabei ist es selbstverständlich, dass auch hier die Gebote der Verhältnismäßigkeit und des humanitären Völkerrechts zu beachten sind. Die

NATO ist gut beraten darauf zu achten, dass sie nicht zur direkten Kriegspartei wird, da ansonsten das reale Risiko besteht, dass die Eskalationskontrolle verloren geht und es zum Einsatz von Nuklearwaffen mit kaum absehbaren Folgen kommt. Es liegt auch nicht im Interesse der Ukraine, in eine atomar verseuchte Wüste verwandelt zu werden. Schweren Herzens gilt es hier, zwischen verschiedenen Übeln das geringere zu wählen. Die Spannung zwischen praktischer Solidarität und notwendiger militärischer Selbstbeschränkung ist schwer auszuhalten. Dies gelingt nur, wenn wir gemeinsam mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern eine langfristige Perspektive zum Austrag dieses grundlegenden Konflikts entwickeln.

4. Mit Blick auf Russland herrscht in Deutschland derzeit weitgehende Einigkeit, dass neben der praktischen Solidarität gegenüber der Ukraine, eine klare und wirksame Sanktionspolitik geboten ist. Dazu bedarf es der anhaltenden Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Kirchen können dazu beitragen, diesen langen Atem zu erzeugen. Die derzeit verhängten auch für uns schmerzhaften Sanktionen zielen auf eine Verringerung der ökonomischen Möglichkeiten der Russischen Föderation, deren politisch-ökonomische Isolation sowie langfristig auf die innere Destabilisierung des Putin-Regimes. Die Unterstützung für den Krieg durch die russische Bevölkerung ist keineswegs stabil. Sie basiert wesentlich auf einer systematischen Lügenpropaganda durch das Regime, das historische Wunden der russischen Bevölkerung – nicht zuletzt durch den Zweiten Weltkrieg – bewusst für die eigenen Vorhaben verzweckt. Für keinen der angeführten Kriegsgründe hat die Regierung bisher irgendeinen überzeugenden Beweis vorgelegt. Äußere Aggression und innere Repression, wie z.B. gegen die renommierte russische Menschenrechtsorganisation Memorial, gehen Hand in Hand. Umso beachtlicher ist die Bereitschaft von Menschen trotz der massiven Repressionen ihre Ablehnung des Krieges in Russland selbst zum Ausdruck zu bringen. Diese Ablehnung wird aller Voraussicht nach mit den zunehmenden Verlusten der russischen Streitkräfte wachsen. Dennoch sollten wir nicht davon ausgehen, dass sich ein Momentum des Wandels in Russland in kurzer Frist einstellen wird. Nichts desto minder sind die Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, ein wichtiges Zeichen für eine bessere Zukunft. Sie verdienen unsere Anerkennung und Solidarität. Es besteht ein innerer geistiger Zusammenhang zwischen der Verteidigung der Unabhängigkeit der Ukraine und dem Einsatz für eine Demokratisierung Russlands. Wir sollten tun, was wir können, um die russischen Partner zu unterstützen. Das Mindeste ist, die bestehenden kulturellen, wissenschaftlichen und religiösen Kontakte und Verbindungen mit unseren Partnern nicht abbrechen zu lassen.
5. Die notwendige Korrektur der deutschen Friedens- und Sicherheitspolitik geht einher mit der Ankündigung, die vorhandenen Rückstände bei der Ausrüstung der deutschen Streitkräfte mit einem außergewöhnlichen finanziellen Kraftakt aufzuholen. Zusätzlich soll der Verteidigungshaushalt langfristig erhöht werden, um den Bündnisverpflichtungen nachzukommen. Offen ist derzeit aber, wie und wofür genau diese beträchtlichen Geldsummen eingesetzt werden sollen. Außerdem ist derzeit unklar, wie es um die Gesamtbalance im Rahmen deutscher (Friedens-)Politik bestellt sein wird. Es besteht die Gefahr einer situationsbedingten Überreaktion, die zudem auf Kosten der ebenfalls grundlegenden Klima-, Entwicklungs- sowie Sozialpolitik gehen könnte. Hier gilt es, die Prozesse sachkundig im sicherheitspolitischen Detail zu begleiten und weiterhin von einem umfassenden Sicherheits- und Transformationsverständnis her zu denken. Dies schließt die Stärkung ziviler Mittel der Konfliktbearbeitung ein. Denn es bleibt auch in Zukunft richtig, sich bei Aufrüstung und Waffenexporten zurückzuhalten und größere finanzielle, gedankliche und politische Anstrengungen darauf zu verwenden, zivile Konfliktlösungsfähigkeiten auf- und auszubauen. Dazu gehört

auch, dass Deutschland und seine europäischen und transatlantischen Partner sich energisch dafür einsetzen, die durch den Krieg sich anbahnende Hungerkrise in vielen Ländern des Globalen Südens abzuwenden. Denn neben den drängenden humanitären Fragen würden Hungersnöte die weltpolitische Lage weiter destabilisieren und weitere Menschen zur Flucht zwingen. Es wäre fatal, wenn wir unseren Blick auf die akute Bedrohung durch Russland verengen und damit die erforderliche Nahrungs-, Energie- und Klimapolitik schwächen würden. Dies gilt umso mehr, als die Bundesregierung die bestehende Energieabhängigkeit von Russland so schnell wie möglich überwinden muss. Die sozialen Kosten für die erforderliche breit angelegte Politik müssen fair verteilt werden.

6. Die unverhohlene nukleare Drohung Putins hat der Welt in neuer Weise vor Augen geführt, dass das System der nuklearen Abschreckung einem Ritt auf der Rasierklinge gleicht. So besteht immer die Gefahr, dass konventionell geführte militärische Auseinandersetzungen nuklear eskalieren und damit ganze Länder, vielleicht sogar Erdteile an den Rand ihrer Vernichtung oder der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen gebracht werden. Daher bleibt es richtig, sich für ein umfassendes Atomwaffenverbot und vollständige sowie kontrollierte atomare Abrüstung einzusetzen. Darüber hinaus wurde der Welt bewusst, welches Gefahrenpotential im Kriegsfall auch der zivilen Nutzung der Kernenergie innewohnt. Vor diesem Hintergrund sehen wir uns darin bestätigt, dass der geplante Ausstieg aus der Atomenergie nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes dringend geboten ist.
7. In diesen Tagen wird wiederholt die Auffassung geäußert, der russische Angriffskrieg widerlege die christliche Lehre vom Gerechten Frieden mit ihrer vorrangigen Option für zivile Konfliktbearbeitung und aktive Gewaltfreiheit. Wir teilen diese Auffassung nicht. Zum einen hat die Lehre des Gerechten Friedens die Ambivalenzen des Gewaltproblems nie geleugnet. Zum anderen besteht die Haltung aktiver Gewaltfreiheit nicht zuvörderst in der Weigerung, Wehr- oder Kriegsdienst zu leisten. Aktive Gewaltfreiheit zielt auf Gewalteinämmung und soweit möglich -überwindung. Sie widersetzt sich vor allem dem Sog völliger Verfeindungs, den jeder Krieg ausübt. Sie beantwortet Hass nicht mit Hass, sie verlangt nicht nach Rache, bleibt auch bei Anfeindungen friedfertig, um fähig zu sein, jede Gelegenheit ergreifen zu können, Krieg zu vermeiden oder zu beenden. Wir erinnern an die Mahnung von Immanuel Kant, auch im Krieg müsse die Gesinnung des Friedens und ein gewisses Maß an Vertrauen auf die Denkart des Feindes bewahrt bleiben, weil es sonst keinen Frieden geben kann und wird, selbst wenn die Waffen schweigen. Es ehrt den ukrainischen Präsidenten, seine Regierung und das Volk der Ukraine in ihren Verlautbarungen und Äußerungen bislang einen gemäßigten Ton bewahrt und Kriegshetze vermieden zu haben. Diese Fähigkeit offenbart große moralische Stärke. Es wäre ein bedeutender Vorgriff auf eine friedliche Zukunft, wenn sie erhalten bliebe, trotz der Schrecken des Krieges. Denn kein Krieg vermag Frieden zu stiften, das können nur Menschen, die sich von ihm nicht verhärten lassen.
8. Im Krieg den Frieden vorzubereiten, fordert nicht nur die Diplomatie heraus, sondern uns alle und die Völkergemeinschaft. Es hängt jetzt viel davon ab, nicht das gesamte russische Volk zu verdammen, sondern die politisch Verantwortlichen anzuklagen und, wenn möglich, zur Rechenschaft zu ziehen. Wir nehmen wahr, dass auch in Russland die kritischen Fragen nach den politisch-kulturellen Entwicklungen der eigenen Gesellschaft, die in den Krieg geführt haben, zunehmen. Für die zukünftige politisch-kulturelle Erneuerung Russlands wird viel davon abhängen, inwieweit es der dortigen Gesellschaft gelingt, sich diesen Fragen ernsthaft zu stellen. Echte Friedenspolitik muss Sorge dafür tragen, einen Gegner nicht zu demütigen, auch nicht im Fall seiner Niederlage. Das Grunderfordernis jeden Friedensvertrags muss Gerechtigkeit sein, die das Unrecht ahndet, ohne

Rache zu üben. Denn es gibt keinen wirksameren Treibsatz für das Bedürfnis nach Rache und Vergeltung als das Gefühl, Ungerechtigkeit erdulden zu müssen.

9. Als Christen und Christinnen sind wir über alle Fronten, Grenzen und Hindernisse im Gebet mit all denen verbunden, die unschuldig leiden und sterben – unabhängig von ihrer Religion oder ihrem Bekenntnis. Umso mehr schmerzen uns die glaubwürdigen Berichte, dass in den besetzten Gebieten seitens der Russischen Föderation alle Religionsgemeinschaften außer der mit dem Moskauer Patriarchat verbundenen Kirche vielfältigen Repressionen und Verfolgungen ausgesetzt sind. Diese eklatanten Vergehen gegen die Religionsfreiheit zeigen erneut den repressiven Charakter des russischen Regimes. Wir verurteilen Präsident Putins Berufung auf das Evangelium Jesu Christi als gotteslästerlich. Die Tatsache, dass der Patriarch der Russischen Orthodoxen Kirche zu diesen Vorgängen schweigt und mehr noch den russischen Angriff auf die Ukraine religiös zu legitimieren versucht, ist eine Schande für die traditionsreiche Russische Orthodoxe Kirche. Die mutigen Zeugnisse all jener russisch-orthodoxen Gläubigen, die sich entgegen dem Willen des Patriarchen gegen diesen Krieg stellen, sind hingegen kostbare und wirksame Zeichen der gemeinsamen christlichen Hoffnung. Wir sind ihnen – nicht zuletzt mit Blick auf die Zukunft der Ökumene – dafür dankbar. Mit ihnen gemeinsam beten wir für alle, deren Leben gefährdet ist und die ihr Leben verloren haben oder verlieren werden. Ihnen ein wahrhaftiges und ehrendes Gedenken zu sichern, trägt dazu bei, die Verfeindung der Herzen zu überwinden und die Beziehungen auf eine Grundlage des Respekts und der Wahrhaftigkeit zu stellen. Die verlässliche und anhaltende Solidarität mit den Flüchtenden ist ein wesentlicher praktischer Ausdruck unserer christlichen Hoffnung, die weit über die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen hinausgeht. Diese Hoffnung verweist letzten Endes auf den Horizont von Umkehr und Erneuerung. Sie verteidigt in langer Perspektive die Möglichkeit der Versöhnung. Denn die Gewalt darf nicht das letzte Wort haben.